Position

22.10.2026
www.dstgb.de

DStGB
Deutscher Städte- und Gemeindebund

Stabilität, Resilienz, europäische Verantwortung und globale Herausforderungen

Kommunalpartnerschaften im Wandel

1. Einleitung

Die aufeinanderfolgenden Krisen der vergangenen Jahre – Pandemie, russischer Angriffskrieg gegen die Ukraine, Energieunsicherheit und zunehmender Haushaltsdruck – haben die zentrale Rolle der Kommunen in Europa und weltweit erneut verdeutlicht. Kommunen sorgen für Stabilität, sichern Daseinsvorsorge und setzen politische Maßnahmen unmittelbar um. Kommunalpartnerschaften leisten in dieser Situation einen wesentlichen Beitrag zur Organisation von Solidarität, zur Stärkung von Verwaltungskapazitäten und zum Aufbau lokaler Resilienz.

Heute umfassen Kommunalpartnerschaften weit mehr als klassische Städtefreundschaften. Sie sind strategische Instrumente, um europäische Integration zu vertiefen, globale Verantwortungsübernahme zu stärken und kommunale Modernisierung voranzutreiben.

2. Vielfalt moderner Kommunalpartnerschaften

Städtepartnerschaften haben sich in den vergangenen Jahren deutlich weiterentwickelt. Ausgehend von eher konventionellen und symbolisch geprägten Austauschformaten entstehen vielfältige, thematisch fokussierte und innovative Kooperationsformen. Zwar behalten klassische Städtepartnerschaften ihre Bedeutung, insbesondere für kulturellen Austausch und die Förderung von Völkerverständigung, doch ergänzen neue Partnerschaftstypen dieses Instrument wirkungsvoll.

Fach- und Verwaltungspartnerschaften spielen dabei eine immer wichtigere Rolle. Sie dienen gezielt dem Wissenstransfer, der Professionalisierung kommunaler Strukturen und der Modernisierung öffentlicher Verwaltungen. Trinationale und multilaterale Partnerschaften spiegeln die zunehmende europäische und internationale Vernetzung, indem mehrere Kommunen gemeinsam an strategischen Projekten arbeiten.

Besonders sichtbar ist der Bedeutungszuwachs von Solidaritäts- und humanitären Partnerschaften, etwa im Zuge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Parallel dazu gewinnen Klima- und Nachhaltigkeitspartnerschaften an Relevanz, die internationalen Austausch zu Energiewende, Klimaanpassung und nachhaltiger Stadtentwicklung ermöglichen und kommunale Verantwortung für globale Herausforderungen stärken.

Diese Entwicklungen sind Ausdruck einer wachsenden „subnational diplomacy“. Städte und Regionen agieren zunehmend als eigenständige Akteure internationaler Politik, fördern aktiv europäische Werte und ergänzen klassische staatliche Diplomatie durch direkte, praxisnahe Dialogformate. Auszeichnungen mit hochrangiger Schirmherrschaft unterstreichen und würdigen das vielfältige kommunale Engagement, etwa bei binationalen Auszeichnungen wie dem deutsch-italienischen Partnerschaftspreis.

Herausgeber

Deutscher Städte- und Gemeindebund
Dr. André Berghegger
Marienstraße 6
12207 Berlin

Telefon 030 77307-0
dstgb@dstgb.de
facebook.com/dstgb
linkedin.com/dstgb
instagram.com/gemeindebund

Der DStGB:
Eine starke Stimme

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund vertritt die Interessen der deutschen Städte und Gemeinden. Auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene gibt er Kommunen eine starke Stimme und greift die Themen auf, die Bürger:innen vor Ort bewegen.

Durch seine 17 Mitgliedsverbände sind 11 000 große, mittlere und kleinere Kommunen organisiert und vernetzt. Die Verbandsarbeit erfolgt parteiunabhängig und ohne staatliche Zuschüsse. Die Besetzung der Organe orientiert sich an dem Votum der Wähler bei den Kommunalwahlen.

Der DStGB ist »Kommunales Informationsnetzwerk« und sensibilisiert und mobilisiert Politik und Öffentlichkeit für kommunalpolitische Interessen.

Er fungiert als »Kommunale Koordinierungsstelle« für den permanenten Erfahrungs- und Informationsaustausch unter den Mitgliedsverbänden. Nicht zuletzt ist der Verband »Kommunales Vertretungsorgan« durch Repräsentation in zentralen Organisationen.

Positionen:

- **Stärkung kommunaler Partnerschaften** durch verlässliche finanzielle und institutionelle Förderung.
- **Gezielte Unterstützung thematischer Partnerschaften** in den Bereichen Solidarität, Klima und Verwaltung.
- **Anerkennung kommunaler Außenbeziehungen** als festen Bestandteil moderner nationaler und europäischer Außenpolitik.

3. Modernisierung und Professionalisierung von Städtepartnerschaften

Städtepartnerschaften erleben derzeit einen echten Paradigmenwechsel: Von überwiegend symbolischen Austauschprogrammen entwickeln sie sich hin zu strukturierten, professionellen und wirkungsorientierten Instrumenten. Diese Modernisierung beruht auf einer stärkeren Verankerung in der lokalen Demokratie, mit einer verstärkten Bürgerbeteiligung und einer systematischeren Einbindung der Zivilgesellschaft. Gleichzeitig orientieren sie sich an klareren und integrierten Governance-Modellen, die die Koordination zwischen öffentlichen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie die Festlegung gemeinsamer strategischer Ziele fördern. Diese Professionalisierung geht schließlich mit einer strukturierteren Mobilisierung europäischer und bilateraler Finanzmittel einher, wodurch konkrete, sichtbare und nachhaltige Projekte umgesetzt werden können. Dieser Paradigmenwechsel verwirklicht sich beispielsweise in der Arbeit des Deutsch-Polnischen Ausschusses des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) durch den gezielten Austausch von Fachwissen zwischen den Partnerstädten sowie durch den Transfer bewährter Verfahren, innovativer Ansätze und technischen Know-hows in zentralen kommunalen Handlungsfeldern.

Positionen:

- **Stärkung der demokratischen Verankerung kommunaler Partnerschaften** durch institutionalisierte Bürgerbeteiligung und systematische Einbindung der Zivilgesellschaft.
- **Stärkung und Professionalisierung der Verwaltung kommunaler Partnerschaften** durch den Ausbau der Verwaltungskompetenzen und einem verstärkten Wissensaustausch zwischen den Gemeinden, was insbesondere eine **Erleichterung des Zugangs zu Finanzmitteln** ermöglicht.
- **Ausrichtung kommunaler Partnerschaften auf wirkungsorientierte und strategisch priorisierte Projekte** mit messbarem Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger.

4. Deutsch-französische Partnerschaften als Innovationslabor

Die deutsch-französischen Partnerschaften erweisen sich heute als echte Innovationslabore territorialer Zusammenarbeit, in denen konkrete Kooperationen im Dienste der lokalen Politik erprobt werden. Sie ermöglichen beispielsweise die gemeinsame Nutzung digitaler Instrumente für die Verwaltung öffentlicher Dienste oder den Austausch bewährter Verfahren in den Bereichen Cybersicherheit und Datenmanagement. Gleichzeitig beruht ihre Modernisierung auf einer verstärkten Einbindung der jüngeren Generationen durch berufliche Austauschprogramme oder die gemeinsame Entwicklung lokaler Initiativen. So werden diese Partnerschaften zu dynamischen Räumen für angewandte Innovation, bürgerschaftliches Engagement und die Erneuerung öffentlicher Praktiken.

Dabei spielt auch der Deutsch-Französische Ausschuss des RGRE eine wichtige Rolle, indem er den Austausch strukturiert, Projekte begleitet und den Wissenstransfer zwischen den Gebietskörperschaften fördert, insbesondere durch regelmäßige Online-Treffen in Arbeitsgruppen.

Positionen:

- **Strukturierung und Stärkung von Innovation und Best Practices** durch den Ausbau thematischer Austauschplattformen, gezielte Projektbegleitung und systematische Wissensverbreitung zwischen Gebietskörperschaften.
- **Förderung digitaler Partnerschaften zwischen kommunalen Akteuren** durch gemeinsame Projekte zur Digitalisierung öffentlicher Dienstleistungen sowie den Austausch bewährter Verfahren in Cybersicherheit und Datenmanagement.
- **Erneuerung kommunaler Partnerschaften durch stärkere Einbindung junger Generationen** über innovative Programme zum beruflichen Austausch, die gemeinsame Entwicklung lokaler Projekte und die Beteiligung an Entscheidungsprozessen.

5. Europäische Rahmenbedingungen und politische Einbindung

Die Gebietskörperschaften müssen bereits in einer früheren Phase in die Ausarbeitung der europäischen Politik einbezogen werden, um deren wirksame und an den lokalen Gegebenheiten orientierte Umsetzung zu gewährleisten. Dies umfasst auch konkrete Maßnahmen zur Erleichterung des Zugangs zu Finanzmitteln, insbesondere durch die Vereinfachung von Verfahren bei gleichzeitig verstärkter Begleitung der Kommunen vor dem Hintergrund einer veränderten Verteilung des europäischen Kohäsionsfonds im nächsten

Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR). In diesem Zusammenhang dürfen die Gebietskörperschaften nicht mehr als Ausführungsinstanzen betrachtet werden, sondern als echte politische Akteure des europäischen Projekts. Durch ihre Bürgernähe und ihre operative Rolle tragen sie direkt zur Umsetzung der europäischen Prioritäten und zu deren Verankerung auf lokaler Ebene bei. In diesem Zusammenhang würde die Einrichtung einer speziellen europäischen Finanzierung für Städtepartnerschaften, zum Beispiel in Höhe von einem Euro pro Einwohner und Jahr, einen konkreten Hebel darstellen, um die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen nachhaltig zu stärken und die Bürgerbeteiligung an den bilateralen Beziehungen auszuweiten. Dies schlagen insbesondere die Mitglieder des Deutsch-Französischen Ausschusses des RGRE in der gemeinsamen Erklärung ihres Jahrestreffens in Düsseldorf vor.

Positionen:

- **Sicherstellung der frühzeitigen und umfassenden Einbindung der Gebietskörperschaften in die Ausarbeitung europäischer Politik** sowie erneute Bekräftigung ihrer Anerkennung als politische Akteure des europäischen Projekts im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip.
- **Vereinfachung des Zugangs zu europäischen Finanzmitteln für Gemeinden** durch schlankere Verfahren und verstärkte Unterstützungsstrukturen.
- **Ausbau der finanziellen Unterstützung für kommunale Partnerschaften** zur Festigung ihrer strategischen Rolle in der europäischen Nachbarschaftskooperation.

6. Kommunale Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung

Kommunale Zusammenarbeit spielt eine zentrale Rolle für eine nachhaltige Entwicklung im Sinne der globalen Agenda 2030. Städte und Gemeinden sind der Ort, an dem viele der Nachhaltigkeitsziele der UN (Sustainable Development Goals/ SDGs) konkret umgesetzt werden – von nachhaltiger Stadtentwicklung über Klimaschutz bis hin zu sozialer Teilhabe. Gleichzeitig sind Herausforderungen wie Klimawandel, Ressourcenknappheit oder soziale Ungleichheit global miteinander verknüpft und lassen sich nur durch Kooperation über nationale Grenzen hinweg wirksam adressieren. Kommunale Partnerschaften schaffen hierfür wichtige Lern- und Handlungsräume. Sie ermöglichen den Austausch von Erfahrungen, Wissen und bewährten Praktiken und verbinden globale Zielsetzungen mit lokalen Handlungsmöglichkeiten. In Klima- oder Nachhaltigkeitspartnerschaften wird deutlich, wie globale Ziele lokal übersetzt und angepasst werden können. Sie wirken damit als Brücke zwischen der globalen Ebene der SDGs und der konkreten Lebensrealität vor Ort.

Das Verhältnis von global zu lokal ist dabei wechselseitig. Globale Agenden geben Orientierung und gemeinsame Werte vor, während Kommunen durch praktische Umsetzung, Innovation und Bürgernähe zur Weiterentwicklung dieser Ziele beitragen. Internationale kommunale Zusammenarbeit stärkt somit nicht nur die Leistungsfähigkeit einzelner Kommunen, sondern fördert auch globale Solidarität und gemeinsame Verantwortung. Nachhaltige Entwicklung wird dadurch zu einem gemeinsamen Projekt, das vor Ort beginnt, aber weltweit wirkt.

Positionen:

- **Gezielte finanzielle Förderung des internationalen kommunalen Engagements** zur lokalen Umsetzung der Ziele der Agenda 2030.
- **Systematische Einbeziehung kommunaler Perspektiven in internationale Agenden** durch eine aktive Rolle kommunaler Dachorganisationen bei deren Entwicklung und Fortschreibung.



7. Partnerschaften mit der Ukraine

Kommunale Partnerschaften mit der Ukraine haben sich seit Beginn des russischen Angriffskrieges 2022 zu einem zentralen Instrument solidarischer, praktischer und zukunftsorientierter Zusammenarbeit entwickelt. Im Fokus stehen dabei die Sicherung kritischer Infrastrukturen, die Aufrechterhaltung der kommunalen Daseinsfürsorge und der Wiederaufbau vor Ort. Sie sind essenziell für das tägliche Leben der Bevölkerung und zugleich Grundvoraussetzung für Stabilität, Resilienz und wirtschaftliche Erholung. Besondere Bedeutung kommt dabei Solidaritätspartnerschaften zu, die schnell, flexibel und bedarfsorientiert agieren können. Die mittlerweile über 300 Solidaritätspartnerschaften deutscher und ukrainischer Kommunen ermöglichen hier einen gezielten Austausch von Know-how, Ausrüstung und Organisationsstrukturen und leisten damit einen unmittelbaren Beitrag zur Krisenbewältigung. Dadurch können zentrale Dienstleistungen trotz schwieriger Rahmenbedingungen aufrechterhalten und Verwaltungsprozesse stabilisiert werden. Zugleich unterstützen sie ukrainische Kommunen auf ihrem Weg in die Europäische Union, indem sie EU-Standards, Good Governance und Beteiligungsformate vermitteln. Ergänzend eröffnen trinationale Partnerschaften (z.B. im Rahmen der Initiative Weimarer Dreieck plus) – etwa zwischen deutschen, ukrainischen und weiteren Kommunen aus europäischen Ländern – neue Hebel, um Ressourcen zu bündeln, europäische Integration zu fördern und kommunale Netzwerke nachhaltig zu stärken.

Positionen:

- **Ausbau kommunaler Solidaritätspartnerschaften** als schnelles, flexibles und zielgerichtetes Instrument für Unterstützung in Krisen- und Wiederaufbauphasen.
- **Stärkung trinationaler und multilateraler kommunaler Partnerschaften** als strategischer Hebel zur europäischen Vernetzung und effektiveren kommunalen Zusammenarbeit.

8. Fazit

Die Vielfalt kommunaler Partnerschaften zeigt das Potential und die Expertise der kommunalen Ebene, um lokale, regionale, europäische und globale Herausforderungen gemeinsam zu bearbeiten. Sie verbinden lokale Akteure über Grenzen hinweg und tragen dazu bei, dass internationale Solidarität nicht abstrakt bleibt, sondern konkret erfahrbar wird. In fragilen Kontexten können sie sogar zur Stabilisierung beitragen, indem sie demokratische Strukturen stärken und partizipative Prozesse fördern. Als freiwillige kommunale Aufgabe sind die Partnerschaften dabei abhängig vom breiten Engagement in Verwaltung und Zivilgesellschaft. Mit Blick auf die Lage der kommunalen Finanzen in Deutschland bleibt dieses Engagement aber abhängig von einer auskömmlichen Förderung durch den Bund und die EU. Kommunale Partnerschaften müssen auch zukünftig gestärkt werden – denn sie zeigen, dass lokale Handlungskraft und internationale Vernetzung gemeinsam eine robuste Antwort auf vielfältige Herausforderungen bieten.